

STELLUNGNAHME zum Antrag CDU-Gemeinderatsfraktion vom: 22.09.2014 eingegangen: 22.09.2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	4. Plenarsitzung Gemeinderat 18.11.2014 2014/0171 7.4 öffentlich Dez. 4
Wohnraum in Karlsruhe: Interkommunale Wohnraumförderung und Interkommunales Wohnraummanagement		

- Kurzfassung -

Im 2. Flächenmanagementbericht "Zielsetzung und Steuerung der Flächennutzungen" ist die interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ein wichtiges Handlungsfeld.

Die Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe befasst sich derzeit intensiv mit der Bedarfsfrage nach neuen Wohnbauflächen im Nachbarschaftsverband. Darüber hinaus untersucht die Verwaltung den überregionalen Handel mit Flächenzertifikaten im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens des Umweltbundesamtes. Aufgrund der zeitintensiven Untersuchungen sind erste Ergebnisse, die als Grundlage für das weitere Handeln erforderlich sind, nicht vor Anfang 2016 zu erwarten.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag der CDU-Fraktion erst nach Vorliegen konkreter Ergebnisse ab Anfang 2016 weiter zu verfolgen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel (bitte auswählen) Kontenart: Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

Zur effektiven Schaffung bezahlbaren Wohnraums prüft die Stadtverwaltung Möglichkeiten für eine interkommunale Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden und entwickelt konkrete Ansätze für umsetzbare Kooperationsformen. Die Stadtverwaltung stellt Ihre Überlegungen im Planungsausschuss vor.

Die Stadt Karlsruhe hat bereits im 2. Flächenmanagementbericht "Zielsetzung und Steuerung der Flächennutzungen" die interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden als ein wichtiges Handlungsfeld zur Verbesserung der Flächennutzungen beschrieben.

Derzeit laufen verschiedene Anstrengungen der Stadtverwaltung im Bereich dieses Handlungsfeldes.

Die Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe befasst sich im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP) intensiv mit der Bedarfsfrage nach neuen Wohnbauflächen. Dabei stellt die sorgfältige Datenaufbereitung und systematische Analyse der potenziellen Innenentwicklungsflächen die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Flächennutzungsplanung und die damit einhergehende bauleitplanerische Abwägung hinsichtlich künftiger kommunaler Flächenausweisungen dar.

Die Ausweisung von Wohnbauflächen wird durch die hierfür zuständigen Gremien im FNP-Verfahren erfolgen. Die Abwägung entgegenstehender Interessen bzw. Zielkonflikte der Verbandsgemeinden erfolgt im Rahmen der vorhandenen Planungs- und Beteiligungsprozesse letztendlich durch die Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes.

Da die Datenaufbereitung und systematische Analyse der potenziellen Innenentwicklungsflächen aller Verbandsgemeinden ähnlich wie im Rahmen der Gewerbeflächenstudie sehr zeitintensiv ist, sind die Fortschreibungsergebnisse des Nachbarschaftsverbandes abzuwarten.

Auf Grundlage der Ergebnisse kann dann geprüft werden, wie die Interkommunale Wohnraumförderung und das Interkommunale Wohnraummanagement für den künftigen Weg im Nachbarschaftsverband Karlsruhe einsetzbar sind.

Ein weiteres Steuerungsinstrument zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, das die Stadtverwaltung derzeit untersucht, ist der überregionale Handel mit Flächenzertifikaten im

Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens "Planspiel Flächenhandel" des Umweltbundesamtes. Die Stadt Karlsruhe nimmt daran als Modellkommune teil.

Damit soll geprüft werden, ob die Einführung handelbarer Flächenzertifikate ein Instrument sein kann, das den Städten und Gemeinden hilft, den Flächenneuverbrauch zu vermindern und die Innenentwicklung zu stärken. Dabei sollen alle Instrumente des Flächenmanagements in ihrer Wirkungsweise überprüft werden.

Erste Erkenntnisse aus dem Planspiel werden jedoch erst Ende nächsten Jahres erwartet.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag der CDU-Fraktion erst nach Vorliegen konkreter Ergebnisse Anfang 2016 weiter zu verfolgen.